

Bürgerverein ist zornig über das B-3-Projekt

Deveser setzen sich für Verkleinerung des Verkehrskreuzes ein

VON TOBIAS LEHMANN

HEMMINGEN. Im Streit um die B-3-Ortsumgehung in Hemmingen verschärft sich der Ton. Der Bürgerverein Devese artikuliert „Zorn über die Realisierung eines unsinnig großen Projekts“, die Hemminger Bürgerinitiative „Wer Straßen sät, wird Autos ernten“ sieht gar eine Entmündigung des Bundes- und Landtags. Das Bundesverkehrsministerium hatte das Geld für die Umgehung diese Woche bewilligt.

Der Bürgerverein beklagt, dass Devese in den Diskussionen so gut wie keine Rolle gespielt habe. Niemand spreche über den Mehrverkehr auf Seitenstraßen und das überdimensionierte Autobahnkreuz. Der Verein kündigt an, den „Kampf für eine Verkleinerung des Deveser Kreuzes“ fortzusetzen. Geplant ist, dass im Zuge der

Ortsumgehung ein autobahnähnliches Kreuz mit zwei Auf- und Abfahrten sowie zwei Kreiseln in Devese gebaut wird. Laut dem Bürgerverein müsse es aber auch zu Beginn der Bauarbeiten noch möglich sein, den Umfang des Kreuzes den verringerten Verkehrszahlen anzupassen. Die der Planung zugrunde liegenden Zahlen seien vor 13 Jahren hochgerechnet worden, sollen aber mittlerweile deutlich unterschritten werden.

Tatsächlich stammt die letzte offizielle Verkehrszählung aus dem Jahr 2011. Demnach sind im Schnitt rund 26 000 Fahrzeuge täglich zwischen dem Landwehrkreisel und der Deveser Straße unterwegs. Diese Zahl entspricht den Messungen aus den Jahren 2005 und 2000. Joachim Ernst, Leiter des Geschäftsbereichs Hannover bei der Landesbehörde für Straßenbau, sagte 2011, dass der ge-

wählte Ausbaustandard deshalb der richtige sei.

Die Bürgerinitiative kritisiert vor allem, dass das Ministerium das Geld bewilligt habe, ohne dass die demokratisch gewählten Vertreter des Bundes- und Landtags abschließend darüber abgestimmt haben. Da die grundsätzliche Zustimmung bereits vorlag, sei dies rechtlich zulässig, faktisch jedoch eine Entmündigung. Denn mit der Entscheidung werde dem Land die Möglichkeit entzogen, aktuelle politische Planungen in Bezug auf die Infrastrukturpolitik unter dem Stichwort „Erhalt vor Neubau“ umzusetzen. Die Initiative kritisiert vor allem die Zerstörung von Naherholungsgebieten, den zunehmenden Lärm durch den Verkehr auf der Ortsumgehung und die Verschwendung öffentlicher Mittel für ein Projekt, dessen Sinn fraglich sei.